

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 6909. Postscheckkonto Berlin Nr. 404 60 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 294 A

BERLIN • Donnerstag, den 12. Januar 1933

2. JAHRGANG

Zwei Milliarden fehlen!

Lehrer, wacht auf!

Von Anna Fricke.

Vor wenigen Wochen berichteten wir im „Funken“ (Nummer 278, vom 23. Dezember) über die kirchliche Wühlarbeit zur Durchsetzung der kirchlichen Beaufsichtigung des Religionsunterrichts; wir berichteten über mutige Gegenaktionen eines Teils der Lehrerschaft, vor allem der westfälischen; wir berichteten über die zaghaftere Haltung der Leitung der größten preußischen Lehrer-Organisation, des Preußischen Lehrer-Vereins.

Inzwischen ist diese Zaghaftheit — um nicht einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — weiter in so erschreckendem Maße hervorgetreten, daß kein Gegner der Kirchenschule über die Haltung dieser Lehrer-Organisation und des ihr übergeordneten Deutschen Lehrervereins beruhigt sein kann.

„Der Kampf gegen die Einsichtnahme geht weiter.“ Unter dieser Überschrift berichtet am 5. Januar die „Preußische Lehrer-Zeitung“ über die Stellungnahme eines pommerschen Kreis-Lehrervereins gegen die kirchliche Einsichtnahme in den Religionsunterricht. Wer aber nicht nur die „Preußische Lehrer-Zeitung“ gelesen, sondern auch die übrigen Lehrerpresse verfolgt hat, der kann nicht beruhigt sein. In der „Westfälischen Schulzeitung“, die man zur Zeit als eine der Stimmen der entschlosseneren Kämpfer gegen die kirchlichen Vorstöße betrachten kann, finden sich schwere Anklagen gegen das Verhalten des Deutschen und des Preußischen Lehrervereins und der „Preußischen Lehrer-Zeitung“. Ähnliche Anklagen finden sich in der „Leipziger Lehrer-Zeitung“, in der „Rheinischen Lehrer-Zeitung“.

Wie stark diese Anklagen sind, sollen einige Stellen der „Westfälischen Schulzeitung“ belegen:

„Die Presse hatte die Pflicht, im Preußischen Lehrerverein den Geist mobil zu halten, der den Angriffen einer kommenden anderen Zeit gewachsen war. Aber ihre Haltung war so, daß die wenigen Versager des Westens ihre Lauheit mit der ‚PrLZ‘ entschuldigen konnten. Und es war so leicht für sie! In jeder Nummer brauchte nur eine Entschleierung der westfälischen Vereine deutlich abgedruckt zu werden . . .

Das ganze Haus brannte, nur die ‚PrLZ‘ wußte nichts zu melden.

Sie ist der Hauptschuldige unserer Niederlage. Allerdings, der letzte papierte Entschluß des Vorstandes stand in Fettdruck und unter der Überschrift ‚Bedeutungsvolle Tagung des Gesamtverbandes des PrLV.‘ Jawohl . . . sie war nicht nur bedeutungsvoll, sie war eine Katastrophe. 80 Jahre Kampf, 80 Jahre Opfer von manchem tapferen Lehrer der Vorkriegszeit sind am 10./11. Dezember 1932 in Magdeburg vom Gesamtverband ohne Grund zu Grabe getragen worden.“

Und nun ein Angriff gegen den Vorsitzenden des Deutschen Lehrervereins, der die Frage der Einsichtnahme, die doch die Mehrheit seiner Mitglieder angeht, als für ihn gegenstandslos erklärte:

„Weiß eigentlich die Führung des Deutschen Lehrervereins noch nicht, daß viele seiner Mitglieder im schweren Kampfe um sein Programm stehen, und daß die staatsbürgerlichen Grundrechte der Lehrerschaft wanken? Wir hatten geglaubt, daß es erste Selbstverständlichkeit sei, daß der Vorsitzende des DLV das Erbe der Lehrerschaft verteidigt, dessen Schutz er doch im Führeramt übernommen hat.“

Schon bemächtigt sich der Lehrerschaft im Rheinland und in Westfalen eine neue Sorge: Georg Wolff, der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, soll sich „nach bisherigen Erklärungen“ dem Auftrage der Einsichtnahme nicht entziehen wollen (Wolff ist Schulrat!). Bisher hat man in der „Preußischen“ und in der „Allgemeinen Deutschen Lehrer-Zeitung“ noch kein Dementi gefunden! Um so mehr beunruhigt dieses Gerücht, als es feststeht, daß

bereits Schulräte, die Mitglieder des Deutschen Lehrervereins sind, das Amt eines „Glaubensprüfers“ im Auftrage der Kirche angenommen haben.

Soweit mir solche Fälle bekannt sind, ist gegen diese Schulräte im Lehrerverein bisher noch kein Ausschlußverfahren eingeleitet worden, obgleich in den Ortsvereinen, denen diese Mitglieder angehören, der Beschluß gefaßt worden war, daß kein Mitglied einen derartigen kirchlichen Auftrag annehmen solle. Hat der Geheimrat des kommissarischen Preußischen

Der Reichshaushalt der Krisenmacher.

Rpt. Der Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk hat im Haushaltsausschuß des Reichstages einen Ueberblick über die Finanzlage des Reiches gegeben. Obwohl er auf die Finanzlage der Gemeinden nicht einging, die bekanntlich noch weit trostloser ist als die des Reiches, entrollte sich ein schwarzes Bild, in das der Minister keinen anderen Lichtblick hineinzusetzen wußte als den Hinweis: Die Steuereingänge würden voraussichtlich (!) steigen und die Lasten aus der Erwerbslosenfürsorge sinken. Damit zu rechnen, ohne etwas dafür zu tun durch Bekämpfung der Krise an der Wurzel, ist geradezu freventlicher Leichtsin!

Wir können wohl verstehen, daß Graf Schwerin von Krosigk die Feststellung des Haushalts für 1932/33 so weit wie möglich an den 1. April, den Beginn des neuen Haushaltsjahres, heranschieben will; denn er weiß heute noch gar nicht, welche Posten er einsetzen soll. Auch dies ist nicht ein Zeichen der besonderen Unfähigkeit des heutigen Reichsfinanzministers, sondern ein Zeichen der Unfähigkeit der Kapitalisten, ihre eigene kapitalistische Wirtschaft in Ordnung zu halten oder doch rasch wieder in Ordnung zu bringen.

Aus dem Bild, das der Reichsfinanzminister zeichnete, heben wir dreierlei hervor:

1. Fehlbeträge.

Das Rechnungsjahr 1930 hat mit einem Fehlbetrag von 1190 Millionen Mark abgeschlossen. In dem Haushalt für 1931 waren 420 Millionen zur Teil-Abdeckung dieses Fehlbetrages eingestellt worden.

Das Rechnungsjahr 1931 hat mit einem Gesamtfehlbetrag von 1690 Millionen Mark abgeschlossen.

Diese setzen sich zusammen aus dem Fehlbetrag aus dem Jahre 1930 in Höhe von 770 Millionen Mark, der sich dadurch erklärt, daß von dem eigentlichen Fehlbetrag von 1190 Millionen Mark 420 Millionen Mark im Jahre 1931 getilgt worden waren. Zu dem Fehlbetrag des Jahres 1930 treten 1931 hinzu der Fehlbetrag des außerordentlichen Haushalts in Höhe von 470 Millionen Mark und des ordentlichen Haushalts in Höhe von 450 Millionen Mark.

Im Etatsjahr 1932 wird man mit einem Minderaufkommen von rund 800 Millionen Mark bei Steuern und Zöllen rechnen müssen, in das sich Reich und Länder teilen.

Der Reichsfinanzminister rechnet für das Reich mit 400 Millionen Mark Steuerausfall, 50 Millionen Mark Ausfall bei den Vorzugsaktien der Reichsbahn und mit Mehrausgaben und Mindereinnahmen bei verschiedenen Posten in Höhe von 300 bis 350 Millionen Mark, so daß insgesamt ein Fehlbetrag von rund 800 Millionen Mark entsteht. Nun ist auch im Jahre 1932 ein Posten zur Deckung des alten Fehlbetrages in Höhe von 420 Millionen Mark vorgesehen. Der Haushalt kommt also bei dem aus dem Vorjahr übernommenen Fehlbetrag von 1690 Millionen auf 1270 Millionen Mark herunter. Dazu tritt der neue Fehlbetrag von 800 Millionen Mark, so daß

am Ende des Rechnungsjahres 1932 insgesamt ein Fehlbetrag von 2,07 Milliarden Mark

vorhanden sein wird.

Wir fassen zusammen:

	Fehlbetrag des Haushaltsjahres	Gesamtfehlbetrag am Schluß des Haushaltsjahres
	in Millionen Mark	
1930	1190	1190
1931	920	1690
1932	800	2070

Kultusministers Kähler die Lehrer bereits derartig ins Mauseloch gejagt? (Der wichtigste Satz dieses Geheimerrlasses lautete: „Gegebenenfalls wird . . . darauf aufmerksam gemacht werden müssen, daß sich eine Bekämpfung des Erlasses vom 2. August 1932 (über die kirchliche Einsichtnahme; A. F.) in der Öffentlichkeit und eine Beeinflussung der Elternschaft zu diesem Zweck mit den Beamtenpflichten des Lehrers nicht vereinbar läßt.“)

Die freiheitlichen Lehrer sind also ihrer Führung nicht sicher. Um so erfreulicher ist es, daß die erste Nummer der „Preußischen Lehrer-Zeitung“ im Jahre 1933 sogar aus Pommern von einer Entschleierung zu berichten weiß, in der

AUS DEM INHALT:

- „Strafexpeditionen“ gegen China.
- Grundzüge französischer Außenpolitik.
- Weltfriede und Arbeiterbewegung.
- Doppelverdiener.
- „Kampf“ gegen die Krise.
- Die Ausweisungsseuche: Freitod einer Tochter Trotzki's.

2. Vorbelastungen.

Der bisherige Fehlbetrag ist so groß, obwohl erhebliche Lasten auf kommende Jahre abgebürdet wurden. Es müssen nämlich nachträglich für Schatzanweisungen Steuergutscheine u. s. w. aufgebracht werden:

1933	240 Millionen Mark
1934	740 „
1935	740 „
1936	650 „
1937	650 „
1938	500 „

3520 Millionen Mark

Diese Spekulation auf Besserung der Konjunktur belastet und hemmt die künftige Konjunkturentwicklung erheblich. Bei jedem einzelnen Posten hat man vorgerechnet, daß es sich ja nur um einen Bruchteil des gesamten Haushalts handle, mit dem die künftigen Jahre vorbelastet würden. Insgesamt handelt es sich aber um rund

3,5 Milliarden Mark, also fast die Hälfte der jährlichen Ausgabensumme des Reichs.

Zu dieser sicheren Vorbelastung kommt nun noch ein unsicherer Posten:

3. Bürgschaften.

Die Summe der vom Reiche übernommenen Bürgschaften betrug am 1. April vorigen Jahres 2015 Millionen Mark, am 1. Oktober 2146 Millionen Mark einschließlich 150 Millionen Mark für Wechselkredite zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung beim Straßenbau und bei der Wasserwirtschaft. Gerade wegen dieser 150 Millionen Mark wird das Reich wohl in Anspruch genommen werden. Die Bürgschaften für die Banken betragen 759 Millionen Mark. Wieweit das Reich tatsächlich mit dieser Summe belastet werden wird, das weiß heute noch kein Mensch. Für optimistisches Vorbeisehen an der Bedeutung dieser Bürgschaften gibt jedenfalls die Wirtschaftslage keinen Anlaß. Am ruhigsten kann die Reichsregierung vorläufig wegen 400 Millionen Mark Bürgschaften für Russenlieferungen sein.

Ein Volk wird von seiner herrschenden Klasse durch deren kapitalistische Wirtschaftspolitik abgehalten zu arbeiten. Ergebnis: nur 8 Millionen Vollbeschäftigte, 5 Millionen Kurzarbeiter und 7 Millionen Erwerbslose, von denen 3 Millionen keine öffentliche Unterstützung erhalten. Diesem Volk wird nun noch folgende Rechnung aufgemacht:

Fehlbetrag des Reichshaushalts	2 Milliarden Mark
Vorbelastung künftiger Reichshaushalte	3,5 „
Reichsbürgschaften über	2 „
insgesamt 7,5 Milliarden Mark	

Wann wird den Schuldigen die Quittung überreicht werden?

der Kreis-Lehrerverein Greifenhagen als „selbstverständlich für seine Mitglieder“ ansieht:

- 1. daß sie einen kirchlichen Auftrag zur Einsichtnahme nicht annehmen;
- 2. daß sie sich nicht an Verhandlungen zur Bildung von Unterrichtsbeiräten beteiligen;
- 3. daß sie nicht in einem Unterrichtsbeirat mitwirken.“

So erfreulich diese Berichte sind, so groß sind nach allem, was bisher in der Frage der Einsichtnahme geschehen ist, die Zweifel, ob diese Beschlüsse auch die entsprechenden Taten zur Folge haben werden. Daß wir nicht nur unsicher

sind, ob selbst Wolff die „Glaubenskontrolle“ ablehnt, sondern daß sich der Vorstand des Preußischen Lehrer-Vereins sogar in der

Frage der Mitwirkung mit der Kirche in den sogenannten Unterrichtsbeiräten

festgelegt hat, sollen die folgenden Ausführungen belegen.

Schon vor dem 30. August 1932 stand fest, daß der Vorsitzende des Preußischen Lehrer-Vereins, Diekmann, die Mitarbeit der beiden Lehrervertreter in der Generalsynode des Evangelischen Ober-Kirchenrats zwecks Bildung und Zusammensetzung der Unterrichtsbeiräte billigte. Dies kann jeder in der „Preußischen Lehrer-Zeitung“ (Nr. 130 vom 29. Oktober 1932) nachlesen. Dort verteidigt einer der Fachvertreter des Lehrervereins seine Teilnahme an den Verhandlungen mit dem Evangelischen Oberkirchenrat zwecks Bildung der Unterrichtsbeiräte mit folgenden Worten:

„Die Nichtbeteiligung an den Beiräten . . . bedeutet die völlige Ausschaltung der Lehrerschaft unserer Einstellung (!) an der praktischen Mitarbeit der Schulpolitik der Kirche, auch in der Richtung einer zu erzielenden Ueberwindung der Einsichtnahme (!) . . . bedeutet eine ungeheure Erschwerung unserer schulpolitischen Situation. . . Die Lehrerschaft hat es jetzt in der Hand, dabei zu sein oder nicht!“

Wie kann man, wenn man einen schüchternen Blick auf diese Tatsachen wirft, noch erwarten, daß die Lehrerschaft den

Kampf gegen die kirchliche Einsichtnahme noch weiter führen wird!

Unterdessen werden von der Lehrerpresse und den „Führern“ der Lehrerschaft Themen wie folgende — unter anderen Umständen gewiß wichtige — mit Inbrunst und bis zur Erschöpfung behandelt: die akademische Lehrerbildung; der Freiwillige Arbeitsdienst; die preußische „Verwaltungsreform“; die Frage, ob der Lehrerverein eine Gewerkschaft sein soll oder nicht.

Resultat: Auch dieser Kampf um die kümmerlichsten Ueberbleibsel und Ansätze einer freien Schule bleibt hängen auf den Schultern der Eltern der Volksschulkinder, auf den Schultern des bereits mit anderen Kampfaufgaben überlasteten Proletariats.

Für die Lehrerschaft aber gilt heute wieder in vollem Ernst das Wort von Fallersleben, das Nelson ihr zugerufen hat, als Bayern durch das Konkordat in einen Kirchenstaat verwandelt wurde:

„Ihr seid nicht dumm, Ihr seid nicht schlecht;
Ihr wißt, was Freiheit ist und Recht.
Ihr liebt die Wahrheit, haßt den Schein
Ihr wollt auch gern freisinnig sein.
Auch habt Ihr alles auf der Welt:
Ihr habt Gesundheit, Freud' und Geld
Und Weib und Kinder, Hof und Gut —
Doch fehlt Euch eins: Euch fehlt der Mut!“

Die Grundzüge der französischen Außenpolitik.

H. M. Pierre Cot, der radikalsozialistische Unterstaatssekretär im französischen Außenministerium, der ständige Vertreter Frankreichs beim Völkerbund wird, hat einem Berichterstatter des „Petit Journal“ gegenüber seine Ansichten über die französische Außenpolitik dargelegt. Er sagte, daß die republikanische Mehrheit, die aus den Wahlen vom Mai 1932 hervorgegangen sei, sich entschlossen habe,

die Außenpolitik im Rahmen der Völkerbundsatzungen zu führen,

und daß deshalb der Völkerbund für sie nicht ein Mittel der internationalen Tätigkeit sei, sondern das Mittel. Frankreich werde sich in Zukunft mehr als bisher auf die internationale Schiedsgerichtsbarkeit einstellen. Auf diese Art, so hofft Pierre Cot, werde es möglich sein, jede internationale Frage, so heikel sie auch sei, zu lösen.

Pierre Cot sprach dann über den ihm gemachten Vorwurf, er wolle die Verträge zerstören. In dieser Frage bleibe er den Lehren der Radikalsozialistischen Partei treu. Die Abänderung von Verträgen sei in den Satzungen des Völkerbundes vom Jahre 1919 vorgesehen. Frankreich habe die Revision der Verträge selbst vorgenommen, als es eine Aenderung der Reparationsbestimmungen annahm, als es Deutschland eine Regelung der Rüstungsfrage vorschlug, die den Bestimmungen des Versailler Vertrages widerspreche, und ferner dadurch, daß es die Aenderung der Schuldenverträge vorsehe. Pierre Cot wiederholte die Ansicht Herriots,

daß Verträge nicht von ewiger Dauer sind,

daß sie sich dem Rhythmus des Lebens der Völker und den Lebensnotwendigkeiten anpassen müssen,

daß man aber ihre einseitige Kündigung nicht zulassen könne.

Die von Pierre Cot geäußerten Grundsätze der französischen Außenpolitik, insofern darin ein Völkerbund und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit als oberste Behörden der internationalen Politik betrachtet werden, entsprechen den Anforderungen des Rechts. Auch in bezug auf den Versailler Vertrag, der im gegenseitigen Einverständnis, nicht aber durch einseitige Kündigung geändert werden soll, sind wir mit den Ansichten Pierre Cots einverstanden.

Weltfriede und Arbeiterbewegung.

Von Edo Fimmen,

Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

IV.

Dies war das letzte Mal, daß sich die Gewerkschaftsbewegung mit den politischen Parteien so scharf geäußert hat. Fünf bis sechs Wochen später erfolgte der französisch-belgische Einmarsch ins Ruhrgebiet, und trotzdem sich die Gewerkschaftsbewegung und die politischen Parteien auf dem Haager Friedenskongreß verpflichtet hatten, ihre Macht im Sinne der Resolution gegen den schon damals drohenden Einmarsch anzuwenden, geschah nichts. Damit wurde bewiesen, daß die Schlagkraft der Gewerkschaften von der der politischen Parteien gar nicht zu reden, schon im Jahre 1922/23 geschwächt, jedenfalls aber derselbe Wille zur Tat, die selbe Opferbereitschaft wie in den Jahren 1919, 1920 und 1921 nicht mehr vorhanden war. Die Periode der direkten Aktionen der Arbeiterbewegung für den Frieden und gegen den Krieg hat mit dem Haager Friedenskongreß, wenigstens vorläufig, ihren Abschluß gefunden.

Genfer Friedensgase betäuben die Arbeiterschaft.

Statt der direkten Aktion hat sich die Arbeiterbewegung der sogenannten Friedensbewegung, die von Genf ausgeht, zugewendet. Der sogenannte Friedensvertrag von Versailles, mit dem der Weltkrieg offiziell seinen Abschluß fand, enthält auch die Klausel, derzufolge alle Staaten, die Mitglieder des durch diesen Friedensvertrag gegründeten Völkerbundes sind, die Aufgabe und Pflicht haben, zur Abrüstung zu schreiten. Seit diese schönen Worte in den Friedenspakten niedergeschrieben und von den Vertretern der verschiedenen Nationen feierlich beschworen und handschriftlich bestätigt wurden, hat es eine Unmenge von Konferenzen gegeben, in denen die Vertreter der verschiedenen Länder diskutiert und immer wieder diskutiert haben über die Frage, ob sie abrüsten sollen, ob sie abrüsten wollen, ob sie abrüsten können,

Nur haben wir Grund, zu bezweifeln, daß diese Grundsätze in der Praxis wirklich angewandt werden: Obwohl eine von der republikanischen Mehrheit gestützte Regierung in Frankreich an der Macht ist, ist von seiten der französischen Regierung gegen das Vorgehen Japans in Nordchina nicht einmal Protest erhoben worden, von dem Ergreifen von Gegenmaßnahmen, wie sie im Völkerbundsstatut gefordert werden, gar nicht zu reden. Wenn aber Frankreich selber sich nur so lange an das Völkerbundsstatut hält, wie ihm dies nützlich erscheint, so wird in Zukunft ebenso wenig wie in der Vergangenheit davon die Rede sein können, daß „jede internationale Frage, so heikel sie auch sei“, durch den Völkerbund gelöst wird.

Die Grundsätze der französischen Außenpolitik, so wohlwiegend sie sich auch im Wortlaut von denen der deutschen Außenpolitik unterscheiden, gewinnen erst dann einen Wert, wenn sie in die Praxis umgesetzt werden. Das zu tun, sofort zu tun, hat die französische Regierung niemals bessere Gelegenheit gehabt als jetzt, da so viele und so heikle Fragen in Genf ihrer Lösung harren.

Die französischen Haushaltsschwierigkeiten.

Scharfe Kampfansage der Gewerkschaften.

Der französische Finanzminister Chéron hat nicht nur (wie die frühere Regierung) vor, die Beamtengehälter zu kürzen, sondern er will außerdem einen großangelegten Beamtenabbau durchführen. Die Gewerkschaften, die schon seit Juli 1932 den Kampf gegen derartige Pläne führen, haben gegen die Absichten Chérons schärfsten Protest erhoben. Vor einigen Tagen fand in Paris eine große Gewerkschaftsversammlung statt, in der Jouhaux, der Vorsitzende der CGT (Allgemeiner Französischer Gewerkschaftsbund) die Regierung davor warnte, die Pläne Herriots wieder auszupacken. Die Verhandlungen zwischen Chéron und Vertretern der Verbände der Beamten und Staatsarbeiter sind ergebnislos verlaufen.

Die Regierung Paul-Boncour befindet sich also wieder in derselben heiklen Lage, die schon dazu beigetragen hat, Herriot zu Fall zu bringen: sie hat zur Durchführung der Haushaltsanierung die Gewerkschaften gegen sich, die zu energischen außerparlamentarischen Aktionen bereit sind, und sie hat höchstwahrscheinlich in der Kammer auch die SP und zum mindesten einen Teil der Radikalsozialisten gegen sich.

und wenn das alles der Fall ist, wann sie es tun, wie sie es tun, und wo sie es tun, und inwieweit sie es tun werden. Das Resultat all dieser Konferenzen ist, daß, wie ich bereits hervorhob, es heute zehn Millionen Männer mehr als im Jahre 1914 gibt, die militärisch geschult und bereit sind, sich in eine neue Menschenschlächterelei schicken zu lassen, und daß die Durchschlagskraft der heutigen Waffen fünfmal so stark und fünfmal so mörderisch ist als im Jahre 1914.

Die Arbeiterbewegung hat sich von diesen Genfer Beratungen und den von ihnen ausströmenden Friedensgasen einschläfern und betäuben lassen. Der Völkerbund ist im internationalen Maßstab schließlich nichts anderes als eine Fortsetzung des während des Krieges in den verschiedenen Ländern zwischen den Arbeitern und den herrschenden Klassen abgeschlossenen Burgfriedens. Statt von Klassenkampf, wird in Genf von Klassenharmonie geredet, statt der internationalen Klassengemeinschaft der Arbeiter aller Länder, steht in Genf an erster Stelle das gemeinsame Interesse einer jeden Nation als Ganzes und wird lediglich versucht, die bestehenden nationalen Differenzen zu überbrücken. In bezug auf die versprochene Abrüstung und noch viel weniger in bezug auf die Verhinderung der Kriegsgefahr ist bisher durch all diese sogenannten Friedenskonferenzen in Genf oder anderswo auch nicht im geringsten etwas erreicht worden. Zur Bekräftigung dieser Behauptung kann ich mich auf den Bericht berufen, den die Exekutive der sozialistischen Internationale im Laufe des vergangenen Jahres über ihre Berliner Tagung vom 11. bis 13. Mai herausgegeben hat, und worin es heißt, daß noch niemals große Hoffnungen so jämmerlich enttäuscht worden sind, als durch den Völkerbund. Trotzdem wird die Internationale auch in Zukunft alles tun, um die sogenannte Friedensarbeit in Genf zu unterstützen.

Was ist Genf? Genf ist eine Kombination der Vertreter der kapitalistischen Staaten.

Und wer sind die Herren, die als Vertreter der kapitalistischen Staaten nach Genf entsandt werden? Das sind die Beherrscher dieser Staaten: Diplomaten der alten Schule, Großindustrielle, Generale und Admirale, und hier und da — so gnädig sind die Regierungen, aber gleichzeitig auch so klug sind sie — ein oder zwei Männer, die aus der Arbeiterschaft

„Strafexpedition“ gegen China

Neue japanische Offensive.

Nach dem Bombardement chinesischer Brigaden in der Provinz Jehol durch japanische Flieger, nach dem „Ultimatum“ des japanischen Oberbefehlshabers Nakamura, er werde diese (bombardierten!) Truppen obendrein — angreifen, wenn sie nicht unverzüglich die Provinz Jehol verließen; nach dem weiteren „Ultimatum“: die japanischen Flieger würden die Bahnen in Jehol zerstören, wenn nicht die Chinesen innerhalb 24 Stunden ihre Truppentransporte dort einstellen würden — nach all dem

hat am Dienstag die volle Offensive der Japaner gegen die Provinz Jehol begonnen.

„Nachdem vormittags die Frist abgelaufen war, die den chinesischen Generalen vom japanischen Armeestab für die Einstellung der Truppentransporte in Jehol gestellt wurde“ — so beten auch deutsche nationalistische Zeitungen die japanischen Tendenzmeldungen nach. „Die Chinesen haben das Ultimatum nicht angenommen! So ist der neue Vormarsch in Jehol zu erklären!“ — ein Unsinn, der schon durch die eine Tatsache entlarvt wird, daß bereits am Sonntag, ehe das Ultimatum wegen der Truppentransporte überhaupt gestellt worden war, japanische Flieger über Jehol durch Flugblätter die Besetzung der gesamten Provinz angekündigt hatten.

Die neue Offensive hat sowohl mit dem Vormarsch der japanischen Truppen als auch mit dem Bombardement der Bahnen und Straßen begonnen. Nach einer Mitteilung des japanischen Kriegsministeriums planen die Japaner mit dem neuen Vormarsch einen großen strategischen Schlag: das Hauptziel sei, die in Jehol zusammengezogenen chinesischen Truppen von Nordchina abzuschneiden. Sollte dieser Schlag gelingen, so läßt für das Schicksal der chinesischen Gefangenen folgende Erklärung des japanischen Kriegsministeriums das Schlimmste erwarten: Die Provinz Jehol stelle einen Teil des Staates Mandschukuo dar und

der neue Feldzug sei ein Straffeldzug gegen die Feinde des mandschurischen Staates,

die auf sein Gebiet eingefallen seien. Daß Jehol zu Mandschukuo gehöre, davon war niemandem etwas bekannt, ehe vor längerer Zeit die Japaner begannen, diese Behauptung mit allen zur Verfügung stehenden Telegraphen-Agenturen in die Welt zu setzen. Auch nach dem Lytton-Bericht umfaßt Mandschukuo nur die sogenannten drei chinesischen Ostprovinzen, unter denen sich Jehol nicht befindet.

Auch südlich von Schanghai kwang, also weiter in die nordchinesische Provinz Tschili hinein, sind am Montag die Japaner von neuem vorgerückt:

Kavallerie hat einige chinesische Ortschaften besetzt. „Es handele sich nicht um eine neue japanische Offensive, sondern nur um das — Einnehmen besserer militärischer Stellungen“, bemerkt frech dazu der Ansager vom japanischen Kriegsministerium!

„Von keiner Großmacht Einspruch.“

In einer Sitzung des japanischen Kabinetts am Dienstag erstattete Außenminister Utschida Bericht über die diplomatische Seite des chinesisch-japanischen Konflikts und betonte, daß offiziell von keiner Großmacht Einspruch gegen das japanische Vorgehen bei Schanghai kwang erhoben wurde.

Um die Autonomie Oberschlesiens.

Im schlesischen Sejm fand eine Debatte über die Einführung des polnischen Schulgesetzes in Oberschlesien ohne Zustimmung des Sejm statt. Vertreter des „Deutschen Klubs“ waren der Ansicht, daß hierdurch die wichtigsten Rechte der schlesischen Bevölkerung verletzt würden. Vertreter anderer Parteien — darunter Sozialdemokraten — schlossen sich dieser Ansicht an. Dagegen erklärte ein Abgeordneter der Regierungspartei, daß das Gesetz unter allen Umständen, auch gegen den Willen des Sejm, eingeführt werden würde. Gegen die Stimmen der Regierungspartei wurde der deutsche Antrag angenommen.

hervorgegangen sind. Und von so einer Gesellschaft erwartet man, erwartet auch die Arbeiterbewegung, daß sie eine wirkliche starke Friedensbewegung zustande brächte, daß sie abrüsten und den Krieg bekämpfen würde.

Abrüstung und Arbeiterschaft.

Wenn die Regierungen in Genf oder sonstwo nach wochenlangen sogenannten Beratungen schließlich beschließen, gewisses Kriegsmaterial nicht mehr anzufertigen oder bestehendes abzuschaffen, dann geschieht dies letzten Endes nicht, um den Frieden zu fördern oder zu sichern, sondern lediglich: um für dasselbe oder für weniger Geld besseres, d. h. tödlicheres Kriegsmaterial zu beschaffen; und wenn sie eine Million Mark streichen für Kanonen und Gewehre, so nur, um 2 Millionen zu fordern für Flugzeuge, Unterseeboote und Giftgase. Vielleicht wird mancher hier in dieser Versammlung an diesen Worten Anstoß nehmen. Das würde mir leid tun, aber es ist immer noch besser, als daß wir uns selber betrügen. Alles, was mit der sogenannten Abrüstungsfrage zusammenhängt hat zwei Seiten. Abrüstung kann von Bedeutung sein, wenn es gelingt, nicht nur Gelder freizumachen, die sonst für Kanonen und Gewehre und in technischer Hinsicht veraltete Schiffe verwendet werden, sondern gleichzeitig auch, zu verhindern, daß dieselben Gelder für andere, „bessere“ Waffen gebraucht werden, mit anderen Worten, daß das Geld, das bisher für militärische Zwecke ausgegeben wurde, in Zukunft der Friedensarbeit, sozialen Zwecken, zugeführt wird. Nur müssen wir uns selbst und andere nicht glauben machen wollen, daß mit dieser Geldersparnis auch wirklich die Kriegsgefahr nur um ein Tüpfelchen vermindert werde. Dazu kommt, daß in der Frage der Abrüstung die Arbeiterschaft der verschiedenen Länder in keiner Weise einig ist. In dem einen Lande kämpft man für eine radikale Abrüstung, und will man das Heer auf eine kleine Polizeitruppe einschränken. Man lehnt die Vaterlandverteidigung ab; in anderen Ländern dagegen ist man für die Vaterlandverteidigung und bereit, natürlich nur zur Erhaltung der eigenen Kultur, Freiheit und was es sonst noch für schöne Sachen gibt, die Arbeiter als Soldaten in einer künftigen Krieg ziehen zu lassen.

Fortsetzung folgt.)

Politische Schlägereien. Wieder SA-Ueberfall auf Kommunisten.

Am Dienstag abend fand im Saalbau Friedrichshain eine große Versammlung der KPD statt. 400 uniformierte SA-Leute versuchten, in die bereits stark gefüllte Versammlung einzudringen. Die Polizei trieb jedoch die sich unglaublich provozierend aufführenden Nationalbanditen zurück. Bei ihrem Rückzug vergasteten die Nazis den Vorraum des Saals mit Stinkbomben und Tränengas.

Während die Versammlung im Saalbau in Ruhe fortgeführt werden konnte, kam es im nahegelegenen Friedrichshain noch zu schweren Schlägereien. Anscheinend waren einige verspätete Versammlungsbesucher den Nazis direkt in die Hände gelaufen. Plötzlich ertönten Schüsse und Hilferufe. Die Polizei drang in die dunklen Parkanlagen des Friedrichshains ein; als sie beschossen wurde, machte sie ebenfalls von der Waffe Gebrauch. Auf einem der Parkwege fand man zwei schwer verletzte Kommunisten, die ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Einige Nationalsozialisten wurden verhaftet.

In der Hofmeisterstraße im Norden Berlins entstand am Dienstag eine große Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei der die Fensterscheiben eines kommunistischen Verkehrslokals zerschlagen und mehrere Personen verletzt wurden. Das herbeigerufene Ueberfallkommando nahm acht Verhaftungen vor.

An der Ecke Holzmarkt- und Markusstraße kam es am Dienstag gegen Mitternacht zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Angehörigen des „Reichsbanners“. Verletzt wurde niemand. Zwei „Reichsbanner“-Leute wurden von der Polizei vernommen, die Nazis flüchteten.

In der Wallner-Theater-Straße entwickelte sich um dieselbe Zeit ebenfalls eine Schlägerei zwischen Nazis und „Reichsbanner“-Angehörigen, wobei die Fensterscheiben des dortigen Nazilokals zertrümmert wurden. Drei „Reichsbanner“-Leute wurden leicht verletzt. Sieben Mitglieder des „Reichsbanners“ und zwei Nazis wurden polizeilich festgestellt.

Vier „Hitler-Jungen“ wurden am Dienstag morgen in der Utrechter Straße in Berlin angegriffen. Zwei der Nationalsozialisten trugen erhebliche Verletzungen durch Schlagringe und Messer davon. Die Täter entkamen unerkannt.

Die „aufbauwilligen Kräfte“.

44 Kilogramm Ammonit bei Nazis beschlagnahmt.

Auf Grund von Angaben eines ehemaligen Nationalsozialisten nahm die Partei in den Räumen der Thio-sept-GmbH in Wien eine Haussuchung vor und fand dort ein Sprengstofflager, das aus 44 Paketen Ammonit mit je einem Kilogramm Inhalt bestand. Der Geschäftsführer des Unternehmens, der Nazi Kurt Barisani, wurde verhaftet. Die Wiener Polizei nahm außerdem zwei führende Mitglieder der NS fest, die im Verdacht stehen, für das Lager verantwortlich zu sein. Bei mehreren Nationalsozialisten wurden Haussuchungen vorgenommen, ebenso im Wiener „Braunen Haus“, das in den späten Abendstunden des Dienstags noch polizeilich besetzt war.

Aufbewahren eines Pakets Sprengstoff (Ammonit) in der Wohnung kostet drei Jahre Zuchthaus. Dieses Schicksal erlitt laut Urteil des vierten Strafsenats des Reichsgerichts am Dienstag den Bauarbeiter Knöchel aus Kassel. Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz fallen bekanntlich nicht unter die Amnestie.

Die „Akademische Legion“ nicht genehmigt.

Wir wir bereits berichteten, beabsichtigte der Rektor der Wiener Universität, zum Schutz der Universität eine „Akademische Legion“ aufzustellen, die aus „vertrauenswürdigen“ Studenten zusammengesetzt sein sollte. Der österreichische Unterrichtsminister, Dr. Rintelen, hat diesem Traum ein Ende gemacht, indem er seine Genehmigung für diese Maßnahme verweigerte, die seiner Ansicht nach den Gesetzen der Republik widerspricht.

5,77 Millionen amtlich registrierte Erwerbslose.

Und wieviel außerdem?

Rpt. Nach dem Bericht der Reichsanstalt hat die Erwerbslosigkeit in Deutschland in der zweiten Dezemberhälfte „nur“ um 169 000 zugenommen, in derselben Zeit des Vorjahres jedoch um 310 000. Ende Juni 1932 war die Erwerbslosigkeit um 1,7 Millionen größer als im Vorjahr, Ende Dezember nur um 105 000. Die Ueberhöhung gegenüber dem Vorjahr ist also verschwunden — in der Statistik.

Die Reichsregierung hatte es dieses Mal für notwendig gefunden, die Öffentlichkeit auf eine Erhöhung der amtlichen Erwerbslosenziffer vorzubereiten durch die einige Tage vorher verbreitete Mitteilung, „daß sich bei besserer Konjunktur mehr Arbeitslose bei den Arbeitsämtern meldeten, als das gemeinhin der Fall sei“; aus einer Steigerung der Zahl der registrierten Erwerbslosen dürfe man also nicht auf einen Rückgang der Beschäftigung schließen.

Gereke vor dem sozialpolitischen Ausschuß.

Am Dienstag begann der sozialpolitische Ausschuß des Reichstags mit der Beratung der Anträge zur Arbeitsbeschaffung. Zunächst gab der Reichskommissar Gereke einen Ueberblick über die Maßnahmen, die im Rahmen seines Sofort-Programms durchgeführt werden sollen.

Die Aufbringung der dafür vorgesehenen 500 Millionen Mark, führte Gereke aus, sei gesichert. Zunächst sollten die Arbeiten durchgeführt werden, die absolut notwendig seien, die aber aus Mangel an Mitteln bisher nicht durchgeführt werden konnten. An eine ausschließliche oder vorzugsweise Vergebung der Mittel an Bezirke mit besonders starker Arbeitslosigkeit sei nicht gedacht, weil sich ja alle größeren Arbeiten nicht rein örtlich auswirkten. So würden zum Beispiel Brückenreparaturen in Berlin eine Entlastung des Arbeitsmarktes im Ruhrgebiet bewirken. Schon jetzt seien auf Grund der Richtlinien mehr Anforderungen eingegangen, als aus dem Sofort-Programm befriedigt werden könnten. Bei Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms sollen vor allem die langfristigen Erwerbslosen bevorzugt werden. Wenn die Rentenbankkreditanstalt als untere Grenze für die Kredite den Betrag von 5000 Mark festgesetzt habe, so sei damit nicht ausgeschlossen, daß die Rentenbankkreditanstalt in Ausnahmefällen auch kleinere Summen als Darlehen gewähre. Es wurden dann im Ausschuß einige Anträge beraten. So hatten zum Beispiel die Nationalsozialisten Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Aufträge und Ausbau des Freiwilligen Arbeitsdienstes zur allgemeinen Arbeitsdienstpflicht gefordert!

Der Berliner Magistrat hat in seiner Sitzung am Montag die von den verschiedenen Verwaltungen eingegangenen Bedarfsanforderungen für die in Aussicht gestellten Reichsgelder einer Prüfung unterzogen. Vorläufig wurde die unbedingt notwendige Summe auf 35 bis 40 Millionen Mark veranschlagt. Das Berliner Programm umfaßt hauptsächlich Tiefbauten, besonders Straßen- und Brückenbauten.

Auswärtiger Ausschuß am 20. Januar.

Der Vorsitzende Frick des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags hat die nächste Sitzung für Freitag, den 20. Januar, anberaumt. Auf der Tagesordnung wird unter anderem auch die kommunistische Beschwerde über die Verletzung der Immunität des Ausschußmitgliedes Schehr stehen.

Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats, Brandes, wurde am Dienstag vom Reichskanzler empfangen, nachdem eine „Einigung“ zwischen den Ministern Warmbold und Freiherrn von Braun über die Agrar- und Handelspolitik erzielt worden war.

Die Regierung gibt also hier erneut offen zu, wie miserabel ihre eigene Statistik ist.

Alle vierzehn Tage erscheint eine amtliche Statistik, die mehr oder minder hoffnungsvoll aussieht oder doch so hingestellt wird. Und alle vierzehn Tage müssen wir wiederholen, daß statistisch erfaßte Erwerbslosigkeit in Deutschland — übrigens auch in vielen anderen Ländern — und Erwerbslosigkeit zweierlei ist.

Man hat zum Beispiel am 1. Dezember wieder genau gezählt, wieviel Schweine es in Deutschland gibt, sauber unterteilt nach Geschlecht und Alter. Aber man zählt nicht, wieviel Erwerbslose es gibt. Wir können die Zahl schätzen auf rund 7 bis 8 Millionen. Zur amtlichen Zahl kommen nämlich hinzu alle diejenigen, die gar nicht mehr zum Arbeitsamt gehen, weil sie weder Unterstützung erhalten, noch Arbeitsvermittlung erhoffen. Aus der amtlichen Statistik werden bewußt diejenigen von den Gemeinden unterstützten Erwerbslosen herausgelassen, die über 60 Jahre alt sind, und diejenigen, die früher selbständige Gewerbetreibende oder Händler waren; der Städtetag hat die Zahl dieser Erwerbslosen kürzlich auf 400 000 geschätzt.

Christliche Gewerkschaftsführer bei Schleicher.

Am Montag empfing General von Schleicher einige Gewerkschaftsführer der Christlichen Gewerkschaften, um mit ihnen die Lage in der rheinischen und insbesondere der bergischen Metallindustrie zu erörtern. Anschließend fand eine Aussprache über die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage statt. Dabei haben die Gewerkschaftsvertreter dem General ihre ernste Auffassung der Lage vorgetragen und über die entschlossene Haltung der Arbeiterschaft gegenüber allen Versuchen, zur Politik des Herrn von Papen und einer „nationalen Konzentration“ in seinem Sinne zurückzukehren, berichtet. Die Arbeiterschaft wisse, daß die Reaktion nach der ersten Niederlage sich erneut zur Sammlung anschicke, und sie wisse, daß sie nichts unversucht lasse, ihre Macht und ihren Einfluß abermals zu stärken, und sie stelle sich dementsprechend ein.

Leider hielten diese Arbeitervertreter trotz aller üblen Erfahrungen der Arbeiter mit dem Nationalismus eine „Sammlung aller nationalen Kräfte“ für begrüßenswert. Diese Herren haben noch immer nicht begriffen, daß die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, und sie werden es nie begreifen, weil sie sich zu sehr mit der herrschenden Klasse und ihrer Ideologie eingelassen haben.

Auf einer Konferenz des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands führte der Verbandsvorsitzende, Abgeordneter Imbusch, aus, das „deutsche Wirtschaftsleben“ brauche vor allem „Ruhe und Vertrauen“. Damit begründete Imbusch auch die Tolerierung des „sozialen“ Generals Schleicher: „Man sollte bis zum Beweise des Gegenteils Herrn von Schleicher den guten Willen, unserem Volke zu helfen, zutrauen.“

Neue Explosionskatastrophe in Premnitz.

In der Pumpstation der Seidenfabrik des Premnitzer Werks der I.G.-Farbenfabrik explodierte am Dienstag nachmittag ein Behälter mit Schwefelkohlenstoff, wodurch das Dach des Gebäudes abgerissen, die Scheiben zerschlagen und eine eiserne Tür zehn Meter weit fortgeschleudert wurden. Auch die Giebelwand des Gebäudes weist mehrere Risse auf. Glücklicherweise kam der Schwefelkohlenstoff nicht zur Entzündung, sonst wäre ein schwerer Brand entstanden. Bei der Katastrophe wurden zwei Arbeiter leicht und ein Arbeiter schwer verletzt. Das Premnitzer Werk der I.G. wurde erst im Dezember von einer schweren Explosionskatastrophe heimgesucht, bei der anscheinend Munition explodierte, dreizehn Menschen getötet und eine größere Anzahl schwer verletzt wurden.

Professor Cohn nimmt seine Vorlesungen wieder auf, und zwar Anfang der nächsten Woche, wie der Rektor der Universität Breslau mitteilt.

EINE BEICHTE

VON THEODOR PLIVIER

Endlich kommt er auf den entscheidenden Sonntag zu sprechen.

„Also der Sonntag, der 3. November! Beim Appell stehen wir auf dem Kasernenhof. Unser Feldwebel liest den Tagesbefehl vor. Wir verstehen nur eins: es gibt keinen Stadurlaub. Nachher hingen wir stundenlang in den Fenstern. Ueber die Ziegelmauer weg konnten wir in die Stadt sehen, in der wir uns so gerne herumgetrieben hätten.“

Mittags gab es Klopse mit Kartoffeln. Nachher klopften wir einen Skat und es gab Krach. Meinem Freund, Jackel Gleich, hatte einer in die Karten geschaut. Ein Bremer, er war etwas älter als wir anderen. Wir konnten ihn nicht leiden, weil er auf uns Jüngere herabsah, und weil er sich mit einem Tripper großtat und auch sonst ein Schwein war.

Dann wird ein Befehl ausgerufen:

„Erster Zug, Anzug blau, Handwaffen!“

Und etwas später:

„Antreten vor dem Divisionsgebäude!“

Wir bauen uns vor dem Gebäude des Divisionskommandeurs auf, die Belegschaft aus vier Stuben, alles frisch ausgebildete Rekruten.

Leutnant Steinhäuser läßt abzählen.

32 Mann sind wir.

Dann heißt es, scharfe Munition empfangen.

Wir erhalten soviel Patronen, daß wir sie gar nicht in den Koppeltaschen unterbringen können und uns auch noch die Hosentaschen vollstopfen.

Der Leutnant läßt rumschießen.

„Nochdichter“, sagt er und späht über den Hof, ob keiner der älteren Matrosen sich in der Nähe befindet. Mir fällt der Ernst und der fast traurige Gesichtsausdruck unseres Leutnants auf. Er hielt so eine Art Ansprache, daß wir vom Divisionskommandeur die Aufgabe erhalten hätten, verhaftete Meuterer gegen Befreiungsversuche zu sichern. „Wenn es sein muß“, sagt er, „werden wir die Abriegelung der Straße zum Arresthaus auch mit Waffengewalt durchführen. Was sich auch ereignet, auf jeden Fall habt ihr meinen Befehlen nachzukommen!“

Dann las er aus den Kriegsartikeln vor.

Wir brauchten gar nicht zuhören. Vom Instruktionsunterricht wußten wir ja Bescheid: Mittelarrest, strenger Arrest, Festung, Zuchthaus, Erschießen und so weiter. Wir denken überhaupt nicht an die entsetzliche Aufgabe, nur an die schweren Strafen, die uns bedrohen.

Beim Ausrichten sehe ich das Gesicht von Jackel Gleich und die Gesichter der anderen. Erst später wurde mir klar, was alle diese Gesichter so gleichmäßig ausdrückten. Es war die Frage, ob wir nicht vielleicht mißbraucht werden sollten. Unterwegs habe ich diesen Gedanken ganz bestimmt gehabt. Ich weiß noch, wie ich den Blick des Leutnants gesucht habe, und das hat mich dann beschwichtigt. Leutnant Steinhäuser wird nicht zulassen, daß wir mißbraucht werden, sagte ich mir. Er tut weiter nichts als seine Pflicht. Und schließlich verteidigst du ja auch hier dein Vaterland.

Ja, so dachte ich damals.

Wir laden und sichern und setzen uns dann in Marsch. Auf der Straße kommen wir an Matrosentrupps vorbei. Jeder einzelne sah uns an, das glaubten wir wenigstens. In unserer Kolonne herrschte eine gedrückte Stimmung.

„Hoffentlich kommt es zu nichts“, sagt Jackel.

Das war der Moment, als ich den Blick des neben der Kolonne marschierenden Leutnants auffing, und ich gab Jackel zur Antwort: „Wenn es doch zu etwas kommt, dann verteidigen wir eben auch hier unser Vaterland.“

Der Bremer hinter mir sagte ganz laut: „Was andere sich eingebrockt haben, das werden doch wir nicht auslöfen, natürlich wird geschossen.“

Ich glaube, daß sonst niemand so gedacht hat wie er.

An der „Hoffnung“ kommandiert der Leutnant Halt. Sie kennen doch die „Hoffnung“, dieses große Bumslokal an der Karlstraße. Fünf Straßen stoßen dort zusammen. Vor der „Hoffnung“ bauen wir uns also auf, von der Litfaßsäule quer über den Damm hinüber bis zur anderen Häuserfront.

Ein paar Neugierige sammeln sich an.

Unser Leutnant schickt sie weg.

Sie gehen aber nur zur anderen Ecke, dort bleiben sie stehen. Aus dem Kaiserkafee schauen ein paar Matrosen heraus und verschwinden wieder.

Die vom Hafen heraufführende Straße macht einen Bogen, und wir können noch immer nichts sehen. Aber wir hören es näher kommen, die anmarschierende Menge singt.

Der Leutnant zieht seinen Degen und gibt Befehl:

„Taschen auf — Pistolen an — vorderes Glied kniet!“

Das erste Glied macht einen Schritt vorwärts und kniet nieder, das zweite tritt auf Lücke. Vorschriftsmäßig, wie wir es gelernt haben, halten wir die Pistolen gerichtet. Es waren die langen Parabellumpistolen 04, mit langem Lauf und Schulterstück.

Plötzlich sind alle Straßenzugänge verstopft.

Es ist ganz still geworden.

Die Menge ist da, sie singt nicht mehr. Ich höre ein Rouleau krachend herunterfallen. Auf dem Bürgersteig steht der Leutnant. Hinter ihm an der Litfaßsäule klebt ein Plakat. Ich starre die großen Buchstaben an und lese:

Zauberkünstler

Bellachini

Endgültig letzte Vorstellung

im Gewerkschaftshaus

(Fortsetzung folgt.)

In Mainz nach dem Burgfrieden. Protest gegen provozierende Nazis.

E. W. Am Sonntag nachmittag ertönte plötzlich kräftiger Rot-Front-Ruf in der Straße, und der Ruf: „Arbeiter, heraus zur Protestdemonstration!“ Schleunigst liefen wir auf die Straße. Die Genossen waren schon weiter. Wir liefen dem Klang der Musikkapelle nach und stellten fest, daß die Nazis demonstrierten. Nun war uns auch klar, was der Ruf bedeutete. Wir wohnen in der Altstadt, einem als revolutionär bekannten Viertel. Die Nazis wagten es, auch durch unser Gebiet zu ziehen. Zwar nicht durch unsere engen Gassen, da wären sie wohl auch kaum durchgekommen, aber immerhin war es Provokation genug, einen Teil der KP-Genossen auf den Plan zu rufen.

Recht war es den Nazis durchaus nicht, daß sie mit so starkem und lautem Protest begrüßt wurden. Pfiffe, Nieder- und Morderrufe, „Rot Front“ und der Gesang der „Internationale“ und anderer Kampflieder überrante gelegentlich sogar die Musikkapelle der Nazis. Ein Teil der Nazis wurde unruhig und geriet aus dem Schritt, bereit zur Schlägerei. Doch die Polizei war von geradezu überlegener Ruhe, obwohl sie dauernd in Atem gehalten wurde. Sie vertrieb ohne Unterschied ein paar sich wie hysterisch gebärdende Hitler-Anhängerinnen vom Fahrdamm, wie auch einzelne Protestierende. Um die Vorgänge auf dem Bürgersteig schien sie sich überhaupt nicht zu kümmern. Und Schmeicheleien waren es durchaus nicht, die die Braunhemden zu hören bekamen.

Als der Zug an den Altstadtstraßen vorbei war und in die breiteren Verkehrsstraßen in der Richtung auf die Neustadt zu marschierte, hörte auch das Leben auf dem Bürgersteig auf. Sehr wenige Menschen standen an den Straßenrändern, und die Allerwenigsten boten Hitlergrüße. Da war bei der KP-Demonstration, die als erste nach dem Burgfrieden durch Mainz zog, auch in den Straßen außerhalb der Altstadt weit mehr Leben. Und dies ohne jeden Versuch von Protesten der Gegner.

Sehr bedauerlich an der ganzen Geschichte ist dies, daß weder die Arbeiterdemonstration am 6. Januar eine Einheitsdemonstration, noch der Protest gegen die Nazis ein Zeichen einheitlichen Vorgehens der revolutionären Arbeiterschaft war. Die Wirkung wäre sicher in beiden Fällen weit stärker gewesen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Braunschweig: Sonnabend, 14. Januar, 20.15 Uhr, „Lesehalle“, Hintern Brüdern 23. Thema: Die Kriegsgefahr wächst. Arbeiter an die Abwehrfront! Redner: Erich Irmer, Berlin.

Frankfurt a. M.: Freitag, 13. Januar, 20.15 Uhr, Volkshaus, Sachsenstraße 21. Thema: Kapitalistische oder sozialistische Krisenüberwindung? Redner: Hellmut Rauschenplat (Berlin).

Hamburg: Donnerstag, 12. Januar, 20.15 Uhr, Volkshaus, Sachsenstraße 21. Thema: Kampf dem Schleicher-Kurs! Redner: Erna Mros (Essen).

Kassel: Freitag, den 13. Januar, 20.15 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Thema: Der ISK und seine heutige Aufgabe in der Arbeiterbewegung. Rednerin: Minna Specht.

Freie Aussprache!

Eintritt frei!

„Doppelverdiener“

Ein viel mißbrauchtes Schlagwort.

Der Artikel Nr. 278 A des „Funken“ über „Die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft“ veranlaßt mich, noch einmal kritisch zu dem vielerörterten Begriff der „Doppelverdiener“ Stellung zu nehmen.

Was ist eigentlich ein Doppelverdiener? Logischerweise doch eine Person, die auf doppelte Weise verdient. Was heißt aber auf doppelte Weise? Man muß darunter wohl verstehen: Einnahmen aus verschiedenen Erwerbsequellen beziehen. Danach fallen unter diesen Begriff z. B. Leute mit mehreren Aufsichtsratsposten; Pensionäre, die außer ihrer Pension Einkommen aus irgendeiner Berufstätigkeit beziehen; alle Berufstätigen mit Nebeneinnahmen, die sich nicht unmittelbar aus der Berufstätigkeit ergeben. Nicht hinzuzurechnen wären Angehörige solcher freien Berufe, in deren Wesen es liegt, daß die Einkommen aus verschiedenen Quellen zusammenfließen. Kapitalerträge von Berufstätigen muß man ebenfalls als Doppelverdienst ansehen, nicht aber die von Rentnern. Eine scharfe Grenze läßt sich freilich nicht ziehen; es wird stets von subjektiven Erwägungen abhängen, wen man als Doppelverdiener gelten läßt.

Es kann sich daher nicht um eine feste Begriffsbestimmung handeln, sondern höchstens um eine Beurteilung von Einzelfällen; aber auch das ist schwierig. Vom objektiven Standpunkt aus wird es niemand einer armen Putzfrau verargen, wenn sie ihre geringen Einnahmen aus einer „Aufwartung“ durch eine zweite etwas aufbessert; aber in den Augen einer arbeitslosen Kollegin ist sie vielleicht schon eine „Doppelverdienerin“. Andererseits wird sich wohl jeder anständig denkende Mensch gegen den Unfug der „mehrfachen“ Aufsichtsratsstellen wenden. Zwischen diesen beiden Grenzfällen gibt es aber alle möglichen Fälle, die sich nicht leicht auf eine Formel bringen lassen.

Sicher ist nur eins: daß es falsch ist, das Wort „Doppelverdiener“ auf berufstätige Ehefrauen anzuwenden. Es liegt kein Grund vor, zwei Individuen das Recht auf ihre beiden Einkommen zu bestreiten, bloß weil sie geheiratet haben, zumal in der Ehe bekanntlich 1 und 1 mindestens gleich 2 ist. In der Praxis hat der Kampf gegen die verdienende Ehefrau bereits dazu geführt, daß die freie und kinderlose Ehe vielfach der legitimen gerade in den Lebensjahren vorgezogen wird, in denen auf den biologisch wertvollsten Nachwuchs zu hoffen wäre.

Wie faul die Motive sind, aus denen heraus dieser Kampf geführt wird, läßt sich leicht aufdecken. Bemerkenswerter-

weise richtet er sich von bürgerlicher Seite kaum gegen die Proletarierfrau. Darin liegt zwar indirekt eine Anerkennung der Tatsache, daß die Löhne der Männer so niedrig liegen, daß ein Mitverdienen der Frauen notwendig ist, keinesfalls aber die Tendenz, diesen Zustand durch Besserung der Löhne zu beheben. Im Gegenteil, dieser Zustand ist durchaus erwünscht; die unterbezahlte weibliche Arbeitskraft ist für die Aufrechterhaltung der heutigen Zustände geradezu unentbehrlich. Ferner richtet der Kampf sich nicht gegen die Ehefrau des Mittelstandes, die den Gatten in Handel und Gewerbe unterstützen, obwohl diese ja an und für sich durch bezahlte Angestellte ersetzt werden könnten. Selbst Hitler denkt wohl nicht im Ernst daran, die schlechtbezahlten Stenotypistinnen durch Männer zu ersetzen, in der Hoffnung, daß auf Grund jener Hungergehälter Familien gegründet würden.

Der Kampf gilt vielmehr im Grunde jenem sehr kleinen Kreis von Frauen, die sich in gehobenen und besser bezahlten Stellungen befinden, ganz besonders den Akademikerinnen. Da er aber gerade von solchen Männern geführt wird, die selber an den betreffenden Arbeitsplätzen interessiert sind, tritt die wahre Triebfeder ganz klar zu Tage.

Nun soll aber dem vagen „Doppelverdiener“-Begriff noch etwas näher zu Leibe gerückt werden. Es ist niemandem verboten, im Monat 200, 300, 500, 1000 oder auch 10 000 Mark zu verdienen, sofern er dazu Gelegenheit hat. Es soll aber zwei Leuten verboten sein, je 100, 150, 250, 500 oder 5000 Mark zu verdienen, bloß weil sie das Verbrechen begangen haben, zu heiraten? (und sich damit der Möglichkeit ausgesetzt haben, für mehr als zwei sorgen zu müssen!) Wo bleibt da die Logik und die Ethik?

Ein „Doppel“ setzt zudem ein wohldefiniertes „Einfach“ voraus. Wie hoch ist nun aber ein Einfach-Einkommen anzuschlagen? Nur wenn ein solches, für alle Staatsbürger gleiches, überhaupt existierte, hätte es einen wirklichen Sinn, von „Doppelverdienern“ zu reden. So aber ist dieses Wort ein verlogenes und sinnwidriges Schlagwort im Munde der Reaktion.

Auf einem anderen Blatt steht allerdings, daß das Unrecht der Minderbezahlung weiblicher Arbeit zu beseitigen ist, das ebenso erniedrigend für das eine Geschlecht ist, wie es das andere durch Lohnrückerei schädigt. J. Weill.

Wir weisen die interessierten Leser bei dieser Gelegenheit auf ein Sonderheft des „ISK“ hin „Das Heft der Frau“, in dem diese und ähnliche Fragen ausführlich behandelt sind. (Preis 0,20 Mark, zu beziehen durch die Internationale Verlags-Anstalt GmbH, Berlin, Inselstr. 8 a.)

Freitod einer Tochter Trotzki's. Ein Opfer der Polizeischikanen gegen Ausländer.

Die Tochter Leo Trotzki's, Frau Wolkow, die in Berlin-Karlshorst wohnte, hat sich Ende vergangener Woche mit Gas vergiftet. Frau Wolkow hatte seiner Zeit ihren Vater in die Verbannung begleitet, war aber in der Türkei von einer schweren Lungentuberkulose befallen worden, weshalb sie in ein Land mit gesünderem Klima übersiedeln mußte. Die preußische Regierung hatte ihr vor ungefähr einem Jahr die Aufenthaltsgenehmigung für Deutschland gegeben. Vor kurzem wurde Frau Wolkow mitgeteilt, daß sie ausgewiesen werden würde. Aus Furcht, nirgends ein rechtes Asyl zu finden und einen Rückfall in ihr altes Leiden zu erfahren, zog Frau Wolkow vor, ihrem Leben selber ein Ende zu setzen. — Auch einem an der Berliner Technischen Hochschule studierenden Sohn Trotzki's droht die Ausweisung. Der Aus-

länder und Braunhäusler Hitler dagegen wurde nichtstuender Regierungsrat.

Verlängerung des Tarifs für die Bleistift- und Pinselindustrie, sowie für die Borsten- und Haartzurichtereien in Nordbayern bis 31. März 1933. Durch besondere Vereinbarung der Parteien ist die Bestimmung über den Urlaub für das ganze Jahr 1933 gültig erklärt worden. Nach dieser Bestimmung beträgt das Urlaubsgeld 60 Prozent des Lohnes, die Berechnung erfolgt bei Zeitlohnarbeitern nach ihrem Stundenlohn, bei Akkordarbeitern nach dem Durchschnittsstundenverdienst der letzten drei Monate vor Urlaubsantritt.

Verantwortl. Schriftf. d. Verlagsanstalt: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Feinbesohl-Anstalt
und Schuhfärberei
HANS SACHS
Berlin SW / Dresdener Straße 111
garantiert für erstklassige Arbeit

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Riederwald
Fingerringplatz 12

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Laisenweg 61 III.

Freunde
und Leser des
„Funken“
**Unterstützt
Eure
Zeitung!**
Werkt Abonnenten
Sammelt Anzeigen
Gewirzt bei Einkäufen
unsere Anzeigen!

VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19
Vegetarische Gaststätte
Neuzzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher-Benner, Zürich
Spelzeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr

Pflanzen-Butter
(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette
Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 3 Pfd. netto
nur 2,20 RM. Frei Haus
gegen Voreinsendung auf
Postscheck Magdeburg 179 24.

**Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords**
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweberstr. 16/17.

**Butter
Käse, Eier
Landbrot**

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Sprechapparate Koffer/Schatullen/Schränke
Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in
allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!
Otto Pfothauer, Weimar
Gleißerstr. 14

Frischkost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

Maßarbeit **erstklassig
und billig**
Herren-Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Anfbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Röstkaffee
per Pfund 2,—, 2,40, 2,80, 3,20 Mark.
Lieferung ab 3 Pfund frei Haus.
Nachnahme oder Vorkasse auf Post-
scheckkonto: Hamburg 71108.
Robert Ziegler, Kaffee-Versand
Hamburg 88 / Heideborn 42.

Für den Befreiungskampf des Proletariats

Ist besonders in der heutigen Situation weitgehend eine Neuorientierung in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“

Wer die Schriften kennenlernen will, in denen die Theorie niedergelegt worden ist, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, der fordere zunächst die unentgeltliche Zusendung des neuen Verzeichnisses unserer politischen Schriften.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.
Postscheckkonto: Berlin 31342.

**Zeitschriften, Broschüren,
Flugschriften, Plakate**
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,
Klingelanlagen usw. **Spezialität:**
**Anfertigung
mod. Tisch- u. Nachttischlampen**
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

**Wer unsere Schriften
noch nicht kennt,
Kostentfrei**
ersuche uns um Zusendung von Probe-Schriften.
Wir liefern 12 Flugblätter und 1 Nummer unserer
„Mittellungen“.
Gegen vorherige Zahlung von 1 M.
Wir liefern 12 Flugblätter, 3 Nummern unserer
„Mittellungen“ (80 Seiten) und 12 Klebemarken.
BUND FÜR RADIKALE ETHIK, E. V., BERLIN W 15
Düsseldorfer Straße 23. — Postscheckkonto Nummer 567 71 Berlin

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987
Seit 10. Januar: **Asien, so und so:**
Der Russenfilm
Der blaue Express
Regie: I. Trauberg
Der Rächer des Tong
mit Edward Robinson
Erste Vorstellung 15. Letzte Vorstellung 21 Uhr

